

"Einigung auf Romano Prodi als neuen Kommissionspräsidenten" dans Luxemburger Wort

Quelle: Luxemburger Wort. 25.03.1999. Luxembourg.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"einigung_auf_romano_prodi_als_neuen_kommissionsprasidenten"_dans_luxemburger_wort-de-f962257c-7023-4d13-9a05-fbd1385e9474.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

EU-Sondergipfel in Berlin

Einigung auf Prodi als neuen Kommissionspräsidenten

Letzte „scharfe Erklärung“ an Belgrad / Lob für Santer's Arbeit

von LW-Redakteur Gerd Werle (z. Z. Berlin)

Bereits nach wenigen Stunden haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs gestern in Berlin auf den früheren italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi als neuen EU-Kommissionspräsidenten geeinigt. Der designierte Nachfolger des Luxemburgers Jacques Santer, der Anfang vergangener Woche mit seiner gesamten Mannschaft zurückgetreten war, soll gemäß dem Vorschlag der Benelux-Länder nicht nur bis Ende des Jahres, sondern bis Ende 2005 im Amt bleiben. Der amtierende Europäische Ratspräsident, Bundeskanzler Gerhard Schröder, sprach von der „Intelligenz des Benelux-Vorschlags“. Bei seiner Bestellung soll nach dem Amsterdamer Vertrag verfahren werden, der formell noch nicht in Kraft ist. Dies wird als Entgegenkommen an das Europäische Parlament gewertet.

Nach dem Vorschlag der Benelux-Staaten soll Prodi nach seiner offiziellen Bestätigung (in der Osterwoche in Brüssel?) durch die „Chefs“ möglichst schon im April vom noch amtierenden alten Europaparlament gewählt werden. Danach sucht er sich im Einvernehmen mit den Regierungen sein 20köpfiges Team zusammen, das sich dann - nach Angaben Premierminister Jean-Claude Juncker - am 21. Juli dem sich neu konstituierenden Parlament in einer Abstimmung stellen muß. Für diese Prozedur erwartet der gastgebende Bundeskanzler keine rechtlichen Probleme.

Schröder würdigte den italienische Staatsmann als Kandidaten, der in besonderem Maße den Anforderungen entspreche, die an das Profil des Kommissionspräsidenten zu richten sein. Prodi weise hinreichende politische Erfahrung in vielen Ämtern auf. Außerdem habe er genug Erfahrungen mit den Verwaltungen und stehe somit für die Reformen, denen sich die Brüsseler Behörde unterwerfen wird. Schröder lobte auch die menschliche und persönliche Integrität Prodis, der zudem ungewöhnliche ökonomische Kenntnisse und Erfahrungen aufweise. Er entspreche in jeder Weise den Erwartungen der Staats- und Regierungschefs.

Der Wirtschaftsprofessor aus Bologna hatte in Italien das Kunststück fertiggebracht die Lira, lange Zeit ein Symbol einer Weichwährung innerhalb von zwei Jahren in den Euro-Club zu bringen. 1996 im Amt verordnete er seinen Landsleuten eine Roßkur aus Einsparungen und Mehrbelastungen. Allein in einem Jahres-Haushalt wurden umgerechnet über 30 Milliarden Euro gestrichen. Prodi hatte sein politisches Schicksal mit dem Euro-Beitritt verknüpft. Erst danach stürzten ihn die Kommunisten Ende 1998 in der Budgetdebatte. Seinen professionellen Schliff hatte Prodi an der renommierten London School of Economics erhalten. Vor seinem Eintritt in die Politik lehrte der überzeugte Katholik, der sich weder dem linken noch dem rechten Lager zuordnen läßt, an der Universität Ökonomie und führte den Staatskonzern IRI.

Die „Chefs“ zollten der von Jacques Santer geleisteten Arbeit einhelliges Lob. „Alle Kollegen haben deutlich gemacht, daß wir alle Anlaß haben, daß Santer für die Arbeit, die er gemacht hat, zu danken ist. Und das gilt auch unbeschadet der Situation, die in Brüssel entstanden ist. Und er hat auf eine sehr vornehme, noble Art (für Dinge) Konsequenzen gezogen, die er keineswegs immer und in jedem Fall zu verantworten hatte. Deswegen hat ihm all unser Dank gegolten“, erklärte Schröder. Vom neuen Kommissionspräsidenten erwartet Schröder vor allem Transparenz, Offenheit und Nähe zu den Bürgern Europas.

Mit der „sehr schnellen, einstimmigen Entscheidung“ sei deutlich gemacht worden, daß die europäische Institutionen, insbesondere der Europäische Rat, handlungsfähig sei, in Situationen, bei in denen nicht über materielles diskutiert werde sondern auch bei den essentiellen Problemen.

In einer „scharfen Erklärung“ räumen die Staats- und Regierungschefs dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic eine kurze Frist ein, doch noch dem Friedensabkommen von Rambouillet zuzustimmen. In der Erklärung heißt es wörtlich: „An der Schwelle zum 21. Jahrhundert darf Europa eine humanitäre

Katastrophe in seiner Mitte nicht tolerieren. Inmitten Europa ist es nicht zuzulassen, daß die zahlenmäßig stärkste Volksgruppe im Kosovo kollektiv entrechtet wird und schwere Menschenrechtsverletzungen gegen sie verübt werden.“ Der jugoslawische Präsident Milosevic wird eindringlich aufgefordert, in dieser Stunde den Mut zu einem radikalen Wandel der eigenen Politik aufzubringen.

Hinsichtlich des russischen Widerstands gegen Luftangriffe des westlichen Bündnisses erklärte Außenminister Poos, er erwarte eine „kritische Zeit“ in den beiderseitigen Beziehungen. Es werde zwar kein neuer Kalter Krieg entstehen aber zumindest eine Eiszeit. Die Beziehungen EU-Rußland müßten angekurbelt werden.

Die drohenden Luftangriffe gegen Serbien und die Einigung auf den neuen Kommissionspräsidenten drängten die Diskussionen über die Agenda 2000 gestern zunächst in den Hintergrund. Die Agenda 2000 mit der vorgesehenen umfassenden Reform der Agrar- und Strukturpolitik und der Neuregelung des Finanzrahmens für die Jahre 2000 bis 2006 gilt als Voraussetzung für die Erweiterung der EU um zehn osteuropäische Länder sowie Zypern und Malta.

Der Präsident des Europaparlaments, José Maria Gil-Robles, appellierte gestern an die Staats- und Regierungschef, den Standpunkt des Europäischen Rats in Berlin unbedingt festzulegen, damit die entsprechenden Texte am 13. April fertiggestellt und dem Parlament übermittelt werden könnten. Die Amtszeit des Europäischen Parlaments läuft Ende Mai aus. Gerhard Schröder erwartete noch schwierige Verhandlungen. Wenn diese in demselben europäischen Geiste geführt würden wie bei der Personalentscheidung bestehe eine gute Chance.

Gestern demonstrierten in Berlin rund 4 000 Bauern mit 400 Traktoren in angemessener Entfernung zum Konferenzort gegen die erneute Reform der EU-Agrarpolitik. Gleichzeitig demonstrierten kurdische Demonstranten für die Freilassung des Kurdenführers Abdullah Öcalan.